

Erdölausbeutung im Tschad und Gouvernanz: die Rolle der tschadischen Zivilgesellschaft

Dokumentation zum Referat von SWISSAID

1. Exploitation pétrolière au Tchad et le rôle de la société civile tchadienne

Une brève introduction

En octobre 2003, le projet pétrolier tant controversé est entré dans la phase de commercialisation du brut tchadien. Le cadre tant juridique que technique du projet a été jugé optimal par l'Etat tchadien, la Banque mondiale et le consortium pour l'ouverture des vannes consacrant le Tchad comme un pays producteur de pétrole. L'action de la société civile tchadienne s'est concentrée sur le suivi de ce projet sur trois axes principaux :

- la préservation de l'environnement face aux impacts physiques sur les ressources naturelles,
- les droits des populations face aux impacts sociaux sur leur santé et à leur compensation,
- le financement de la lutte contre la pauvreté grâce aux revenus de ce projet.

SWISSAID a soutenu ce processus d'influence et de plaidoyer depuis 1998. A partir de 2002, les organisations de la société civile se sont structurées en trois niveaux thématiques pour s'adapter à la configuration du projet qui est entrée dans sa phase de commercialisation en 2003.

- Les structures d'appui aux communautés (Commission permanente pétrole nationale, Commission permanente pétrole locale, Réseau de suivi des activités liées au pétrole) accompagnent les groupes de base pour le dialogue avec les acteurs publics locaux et les compagnies pétrolières pour ce qui est des compensations, des réalisations sociales liées à l'atténuation des impacts. Elles engagent des actions de plaidoyer en cas de préjudices causés aux populations ou à l'environnement.
- Les groupes de base, constitués par les habitants des zones pétrolières, s'organisent pour participer au dialogue ou défendre leurs droits ainsi que pour prendre en main les réalisations sociales.
- Le Groupe de recherche alternative et de monitoring du projet pétrole Tchad/Cameroun quant à lui travaille à la constitution de données pouvant attester des préjudices et qui peuvent alimenter les actions de plaidoyer. Sa valeur ajoutée porte sur la production de données scientifiques et techniques (études, recherches, analyse) dont la société civile a besoin pour construire ses argumentations et justifier ses revendications politiques.

Depuis 2003, l'environnement du projet s'est brusquement emballé, curieusement et de façon concomitante avec l'arrivée des premiers revenus pétroliers. Trois éléments majeurs en constituent les facteurs de changement.

- L'arrivée des compagnies chinoises réputées peu enclines à assumer des responsabilités sociales et environnementales.
- La dénonciation et la renégociation de la convention signée entre le consortium pétrolier et l'Etat tchadien, à l'initiative de ce dernier.

- L'accord du 30 juillet 2006 définissant un nouveau mode de partenariat et de gestion du projet pétrolier entre la Banque mondiale et l'Etat tchadien, matérialisant la sortie de crise déclenchée entre ces deux partenaires, à fin 2005 lors de la modification de la loi 001.

2. Drei Artikel aus der SWISSAID-Zeitung „Spiegel“, welche 4 mal pro Jahr erscheint

2.1. Afrikas Zivilbevölkerung mobilisiert sich (April 2007)

In immer mehr afrikanischen Ländern mit grossen Erdöl- oder Mineralienvorkommen fordert die Zivilgesellschaft von ihren Regierungen und den Unternehmen des Sektors eine echte Transparenz. SWISSAID begleitet diesen Prozess im Tschad, im Niger und in Guinea-Bissau.

«In Guinea-Bissau wird gegenwärtig nach Erdöllagerstätten gebohrt, doch die Öffentlichkeit weiss nichts davon. Dies ist ein Tabuthema», erklärt Dionisia Gomes, Mitglied eines Frauennetzwerks für Frieden und Demokratie. Im März nahm sie zusammen mit rund 80 Vertreterinnen und Vertretern aller afrikanischen Länder mit grossen Erdöl- und Mineralienvorkommen an einem Workshop im kamerunischen Limbe teil. Die mit Unterstützung von SWISSAID organisierte Veranstaltung richtete sich an die Organisationen, die Mitglied der Kampagne *Publish What You Pay* (PWYP) sind.

Immer mehr Organisationen der afrikanischen Zivilgesellschaft treten dieser Kampagne bei. Auch SWISSAID und mehrere von ihr unterstützte Partnerorganisationen im Niger, in Guinea-Bissau und im Tschad sind Mitglied von PWYP. Ziel der Kampagne ist es, dass die riesigen Erlöse aus der Gewinnung von Erdöl und Mineralien wie Uran, Gold, Zinn, Bauxit und andere transparent verwaltet werden und tatsächlich in die Bekämpfung der Armut fliessen. Die PWYP-Koalitionen fordern von ihren Regierungen den Beitritt zur *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI), welche dieselben Ziele verfolgt.

Tschad bringt wertvolle Erfahrung

«Ein erster wichtiger Schritt ist es zu wissen, wie viel Geld die Regierungen erhalten. So kann man die für die Verwaltung dieser Gelder zuständigen Behörden zur Rechenschaft ziehen“, meint Matteo Pellegrini, Afrika-Koordinator der Kampagne PWYP, welche diese Fortbildungstage leitete. Ziel der Tagung war, den Teilnehmenden das nötige Rüstzeug für die Kampagnen in ihren Ländern zu geben.

Seit mehreren Jahren unterstützt SWISSAID den Einsatz zivilgesellschaftlicher Gruppierungen für eine transparente Verteilung der Erdölerlöse im Tschad. «Auf Grund ihrer Erfahrungen ist die tschadische Zivilgesellschaft heute eine treibende Kraft in der panafrikanischen PWYP-Kampagne», erklärt Gilbert Maoundonodji von GRAMP/TC, einer von SWISSAID unterstützten Organisation. Er ist Verantwortlicher der tschadischen Koalition und wurde gebeten, dieses Netz den Erdölförderländern Mauretanien und Republik Kongo zu verstärken. Ausserdem vertritt er Afrika im internationalen Rat der EITI.

Drohungen gegen Aktivisten

«Der Konflikt in Darfur dient der tschadischen Regierung als Vorwand, um die Erdöleinnahmen der Kontrolle zu entziehen», sagt Gilbert Maoundonodji. «Mit dem Argument der nationalen Sicherheit und Souveränität konnte sie die Weltbank neutralisieren.» Er rechnet jedoch damit, dass die internationale PWYP-Kampagne Druck auf die Regierung ausüben wird.

Im äusserst sensiblen Erdöl- und Mineralrohstoffsektor werden Aktivisten regelmässig unter Druck gesetzt oder sogar verhaftet. Die Anwesenden in Limbe übten Kritik an der Verhaftung und dem Scheinprozess von zwei Mitgliedern der Koalition PWYP der Republik Kongo. Sie setzten sich bei den angolischen Behörden dafür ein, dass Sarah Wykes von Global Witness Angola verlassen kann, nachdem sie in der Enklave Cabinda verhaftet worden war.

Catherine Morand

2.2 Die Bauern im Tschad überlassen ihr Land den Erdölkonzernen (November 2007)

In der Erdölförderregion Doba im Süden des Tschads sind heute viele Dörfer von Bohrlöchern umgeben. Immer mehr Bauernfamilien sind gezwungen, ihr Land an das Erdölkonsortium abzutreten, das seit 2003 in dieser Region Öl fördert. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft ist wichtiger denn je.

Als Mitarbeiter von SWISSAID im Oktober 2007 das Dorf Bendoh besuchten, trafen sie mit Bauern zusammen, die vom Erdölkonzern Esso gerade eine Entschädigung für die Enteignung ihres Landes erhalten hatten. Seit Monaten hatten Vertreter des Ölunternehmens und der lokalen Behörden die Landbesitzer in der Region aufgesucht, auf deren Grundstücken Öl gefunden worden war. Dass Polizisten anwesend waren, hatte den Druck auf die Dorfbewohner noch verstärkt. Diese hatten es nicht gewagt, den Verkauf des Landes zu verweigern.

Die 50-jährige Bäuerin Perpétue Nassingar* beispielsweise musste einen Teil ihres Landes verkaufen. Für 2,5 Hektar erhielt sie von Esso den Gegenwert von 690 Schweizer Franken. Auf diesem Stück Land wuchsen je drei Mango- und Grapefruitbäume sowie ein Tamarindenbaum, die einen grossen Teil zu ihrem bescheidenen Einkommen beitrugen. Von diesem Betrag zogen die lokalen Behörden auf völlig illegale Weise 10 Prozent ab. Angesichts der Armut in der Region ist die erhaltene Summe zwar relativ hoch. Dennoch sorgt sich Perpétue Nassingar um ihre Zukunft und jene ihrer Kinder.

Die von SWISSAID unterstützten Organisationen der Zivilgesellschaft spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Sie machen die Bäuerinnen und Bauern darauf aufmerksam, dass von den vereinbarten Beträgen keine Abzüge gemacht werden dürfen, und warnen sie davor, die Gelder zu rasch auszugeben. Und sie informieren sie über die Chancen, die sich ihnen bieten. So beispielsweise die Möglichkeit, die als Entschädigung für ihr Land erhaltenen Beträge bei der «Association pour le développement de l'épargne et du crédit» einzuzahlen. Dank dieser Einrichtung, die ebenfalls von SWISSAID unterstützt wird, konnten zahlreiche Bauern ihr Geld langfristig anlegen.

Ackerland wird knapp

Die Aktivisten, die sich für die Bevölkerung in den Erdölgebieten einsetzen, stehen heute vor einem neuen Problem. Da Esso immer mehr Grundstücke aufkauft, auf denen Öl gefunden worden ist, wird das kultivierbare Land langsam knapp. «Für die Jungen, die nach uns kommen, wird es kein Ackerland mehr geben», befürchtet Perpétue Nassingar. Die Organisationen der Zivilgesellschaft versuchen mit verschiedenen Massnahmen, die Erdölgesellschaften und die Regierung für dieses Problem zu sensibilisieren. Demnächst werden sie einen Workshop mit den von dieser Landverknappung betroffenen Akteuren durchführen, um Lösungen zu finden.

Im Jahr 2003 wurde erst in zwei Regionen im Tschad Erdöl gefördert. Heute wird in 14 verschiedenen Regionen, die sich über ein riesiges Gebiet erstrecken, nach Erdöl gebohrt. Ein neuer Akteur ist spektakulär in Erscheinung getreten: Über die «Chinese National

Petroleum Company» (CNPC) will China in der Region des Tschadsees Öl fördern und sucht in verschiedenen Regionen im Süden des Landes nach neuen Quellen.

Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft geht weiter

Im Tschad gibt es aber noch weitere Bodenschätze wie Gold und Uran. Im Grenzgebiet Mayo-Kebbi im Südwesten des Landes in der Nähe zu Kamerun prüfen südafrikanische Unternehmen derzeit, ob Gold und Uran gefördert werden kann. Auch chinesische Gesellschaften sind in der Region aktiv und wollen Kalk abbauen. Sie werden ein Zementwerk errichten, das mit Holz aus den umliegenden Wäldern betrieben werden soll.

Die von SWISSAID unterstützte Mobilisierung der Zivilgesellschaft wird auch in dieser Region zum Vorbild genommen. Verschiedene mutige Aktivisten haben sich zusammengeschlossen und das neue Netzwerk CRAMP (Collectif pour la réflexion sur l'exploitation des minerais et pétrole du Mayo-Kebbi Ouest) eingerichtet. Sie haben ein Monitoring-System initiiert, in dem Bäuerinnen und Bauern die Auswirkungen der Tätigkeiten der Erdöl- und Bergbauunternehmen in der Region beobachten und aufzeichnen. Der Leiter des CRAMP hat bereits Drohungen erhalten. Er weigert sich jedoch aufzugeben, denn, so sein Standpunkt: «Hoffen ist erlaubt.»

Sabina Schmid und Catherine Morand

* Name geändert aus Furcht vor Repressionen

Erfolge und Schwierigkeiten

Die von SWISSAID unterstützten Organisationen der Zivilgesellschaft haben wichtige Erfolge errungen. Esso beispielsweise musste nach der Publikation eines Berichts der Partnerorganisation GRAMPTC 15 Millionen Franken an entlassene Erdölarbeiter bezahlen. Ausserdem wurden die Ansätze für die Entschädigung der enteigneten Bauern erhöht. Und die Zivilgesellschaft gibt ihr Wissen an andere afrikanische Länder weiter. Es sind jedoch noch viele Herausforderungen zu bewältigen. So ist es schwierig, dem raschen Tempo der Ausdehnung der Erdölproduktionszonen zu folgen oder Einfluss auf die wirtschaftliche Governance zu üben, wie es im Gesetz über die Verteilung der Erlöse aus der Erdölförderung vorgesehen ist. Gemäss diesem Gesetz sind fünf Prozent der Einnahmen für das Fördergebiet und den Beitrag des Tschads zur EITI bestimmt (Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie).

Unerlässliche Unterstützung der Organisationen der Zivilgesellschaft

Im Jahr 2008 sind 20 Prozent des Budgets des Tschad-Programms von SWISSAID dafür vorgesehen, die Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Diese setzen sich ein für eine transparente Verwendung der Erdöleinnahmen und die Interessen der Bevölkerung und stärken den demokratischen Prozess. Die «Commission permanente pétrole de N'Djamena» etwa leistet ausgezeichnete Lobbyarbeit. Sie trifft sich regelmässig mit Verantwortlichen der Erdölkonzerne sowie Parlamentariern und Regierungsmitgliedern und vertritt die Anliegen der von der Erdölförderung betroffenen Bevölkerung.

2.3 Kriegswirren im Tschad: SWISSAID setzt die Arbeit fort (April 2008)

Im Tschad herrscht nach blutigen Unruhen, der Ausnahmezustand ist ausgerufen worden. Einen Kriegsgrund bilden die Erdölgelder. Mit den Petrodollars kaufte das Regime auch Pilatus-Trainingsflugzeuge, die gegen die Rebellen zum Einsatz kamen.

Noch vor einem halben Jahr schien sich die Lage im Tschad zu entschärfen. Doch heute herrschen im zentralafrikanischen Land wieder Gewalt und Repression. Auslöser für die jüngste Krise war der Angriff bewaffneter Rebellen auf die Hauptstadt N'Djaména Anfang Februar, der über 400 Todesopfer forderte sowie

zweihunderttausende in die Flucht trieb. Die Truppen von Präsident Idriss Déby Itno drängten die Rebellen zwar zurück, doch eine neue Attacke der Aufständischen scheint nur eine Frage der Zeit.

Die gewaltsame Machtübernahme durch die Rebellen würde die Probleme Tschads nicht lösen. Das gleiche gilt auch für die repressive Politik von Präsident Déby. Dieser benutzt den Kampf gegen die bewaffneten Rebellen, um die demokratische und unbewaffnete Opposition sowie die Zivilgesellschaft mundtot zu machen.

Kriegsgrund: Erdölgelder

SWISSAID ist seit 1965 in Tschad tätig und unterstützt dort unter anderem Menschenrechtsorganisationen und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich nicht zuletzt für die gerechtere Verteilung der Einnahmen aus der Ölförderung einsetzen. Die Regierung Déby missbraucht die Öleinnahmen für den Kauf von Waffen, unter anderem eines Schweizer Pilatus-Trainingsflugzeugs (vgl. Kasten). Das Geld aus der Ölförderung ist mit ein Grund für den bewaffneten Konflikt. Es geht primär um die Frage, wer sich die Macht und die damit verbundenen finanziellen Privilegien sichern kann.

Im ganzen Land herrscht ein Klima der Verunsicherung, setzt die Regierung doch ausschliesslich auf die militärische Karte. Diese Entwicklung gibt Anlass zu grösster Sorge, denn die Lösung des Konflikts kann nur mit politischen Verhandlungen erfolgen, in die alle Parteien einbezogen werden. SWISSAID bleibt diesem Ziel verpflichtet und fordert die Schweizer Behörden auf, im Tschad einen Friedensprozess einzuleiten.

Die Unterstützung der tschadischen Partnerorganisationen, die ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen wieder aufgenommen haben, setzt SWISSAID fort. Gerade in politischen Krisensituationen ist es wichtig, die Zivilgesellschaft zu stärken und so dazu beizutragen, dass sich demokratische Strukturen festigen – eine entscheidende Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung eines Landes.

Gleichzeitig führt SWISSAID auch die Projekte im Bereich der Ernährungssicherheit weiter, denn auch hier gilt: Die Zivilbevölkerung leidet in Konflikten zuerst und braucht eine langfristige Perspektive zur Verbesserung ihrer Lage.

Lorenz Kummer